

- 24.08.2002 [**Gefährliche Anrufweiterleitung**](#)
 - 02.08.2002 [**Bayern von oben**](#)
 - 14.07.2002 [**Steuernummer auf der Rechnung**](#)
 - 25.05.2002 [**Post schreibt digitale Signatur ab**](#)
 - 31.03.2002 [**eGovernment-Software OSCAR**](#)
 - 01.03.2002 [**Elektronische Verwaltung in Deutschland liegt im internationalen Vergleich zurück**](#)
 - 19.02.2002 [**Internet-Präsentation behindert den Geschäftserfolg**](#)
 - 10.01.2002 [**Reisekosten 2002**](#)
-

Gefährliche Anrufweiterleitung

24.08.2002

Die Segnungen der modernen Telekommunikationstechnik können rechtlich erhebliche Tücken haben, wie ein kürzlich vom Bundesgerichtshof entschiedener Fall zeigt. Ein Geschäftsmann hatte seine Telefonanlage so programmiert, dass während seiner Abwesenheit eingehende Telefonate an einen seiner Mitarbeiter weitergeleitet wurden. Auf der Leitung ging eine rechtlich relevante Mitteilung eines Geschäftspartners ein, den der hierfür unzuständige Mitarbeiter zwar entgegennahm, aber nicht an den hierfür zuständigen Kollegen weiterleitete. Im Ergebnis musste sich der Geschäftsmann so behandeln lassen, als wäre der Anruf tatsächlich bei ihm angekommen. Dies hatte wegen des daraufhin eingetretenen Schadens weitreichende finanzielle Folgen.

(BGH vom 12.12.2001, X ZR 192/00, Betriebsberater 2002, 596)

Bayern von oben

02.08.2002

Auf dem Kongress BayernOnline 2002 hat die Bayerische Vermessungsverwaltung einen neuen Service vorgestellt. Mit dem Bayern Viewer lässt sich der Freistaat im Internet von oben betrachten. Die Luftbilder kann man mit einer Bodenauflösung von zwei Metern, die topographischen Karten in den Maßstäben 1:50 000 und 1:500 000 online betrachten. Luftbilder mit einer höheren Auflösung von 40 Zentimetern sind kostenpflichtig. Über eine Ortssuche lassen sich über 42.000 Ortsnamen direkt auswählen. (www.geodaten.bayern.de)

(vertrieb@newsletter.com-online.de)

Steuernummer auf der Rechnung

14.07.2002

Im Rahmen des Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetzes ist § 14 Umsatzsteuergesetzes um einen neuen Absatz 1a ergänzt worden. Danach hat das leistende Unternehmen in Rechnungen, die nach dem 30. Juni 2002 ausgestellt werden, die ihm vom Finanzamt erteilte Steuernummer anzugeben.

In einer Verfügung der Oberfinanzdirektion Hannover wird nochmals darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber für Verstöße gegen diese Neuregelung keinerlei Sanktionen vorgesehen hat. Die Nennung der Steuernummer in der Rechnung ist insbesondere auch weiterhin keine Voraussetzung für den Vorsteuerabzug.

(Quelle: BdSt 7/2002)

Post schreibt digitale Signatur ab

25.05.2002

Die Deutsche Post zieht sich aus dem Geschäft mit digitalen Unterschriften zurück. Dazu wird der Bonner Zustellkonzern die defizitäre Tochter Signtrust auflösen. Damit steht der Erfolg der Technik in Deutschland in Frage. Dies kündigte am Donnerstag der E-Business-Chef der Post, Clemens Beckmann, im Gespräch mit der Financial Times Deutschland an. "Die Zeit für eine solche Technologie ist noch nicht reif. Unsere Pläne für die Geschäftsentwicklung waren unter den gegebenen Bedingungen nicht einzuhalten", begründet der Post-Manager. "Wir hätten uns von der öffentlichen Hand mehr Großaufträge gewünscht, um dem Standard bundesweit zum Durchbruch zu verhelfen." Von dem Schritt sind 60 Mitarbeiter betroffen, denen aber andere Arbeitsplätze im Post-Konzern angeboten werden sollen. Den rund 3000 vorwiegend kleineren Signtrust-Kunden werde die IT-Dienstleistung noch bis Ende des Jahres angeboten.

Die Entscheidung stellt das kommerzielle Erfolgspotenzial der digitalen Signatur in Deutschland in Frage. Neben der Post sind auch die Telekom, einige Großbanken und die Bundesdruckerei in dem Geschäft aktiv. Viel zu wenig Kunden aber wollen sich bislang eine elektronische Unterschrift auch etwas kosten lassen - im Fall der Post 25 Euro jährlich für eine Chipkarte und einmalig 60 Euro für ein Lesegerät sowie die Software. Virtuelle Unterschriften werden viel zu selten akzeptiert, was den Nutzen der Technologie deutlich schmälert. Zwar existieren viele kleinere Pilotversuche, nennenswerte Großprojekte sind jedoch die Ausnahme.

Die Erwartungen waren groß, als Ende Mai 2001 die Gesetzesgrundlage für die digitale Signatur verabschiedet wurde. Zeitfressende Behördengänge sollten der Vergangenheit angehören und stattdessen bequem vom heimatischen Rechner aus erledigt werden können. Unternehmer sollten per Mausklick Verträge unterschreiben, Kunden Bestellungen im Netz aufgeben - mit noch nie da gewesener Sicherheit.

Die Realität sieht anders aus: Signtrust kann nur eine Hand voll Referenzkunden, etwa die Bundesnotarkammer oder das Innenministerium von Baden-Württemberg, vorweisen. Noch im Oktober 2001 wurde verkündet, die Gesellschaft solle in zwei bis drei Jahren einen Jahresumsatz von 50 Mio. Euro erzielen und 2004 die Gewinnschwelle überschreiten.

Post-Manager Beckmann wollte dazu gerne mit Kunden aus dem Gesundheitswesen ins Geschäft kommen: "Wäre etwa die digitale Patientenakte von der Gesundheitspolitik umgesetzt worden, wären wir prädestiniert dazu gewesen, den Zugang zu diesen sensiblen Daten mit unseren Verfahren zu legitimieren." Auch sonstige Vorstöße der öffentlichen Hand seien ausgeblieben. Beckmann glaubt: "Solche Großaufträge hätten auch privaten Investoren signalisiert, dass die digitale Unterschrift ein zukunftssicheres Verfahren ist. Davon hätten wir, aber auch die gesamte Branche profitiert."

Die digitale Signatur wird meist verschlüsselt auf einer Chipkarte gespeichert. Um profitabel zu arbeiten, hätte Signtrust laut Beckmann rund 300.000 Stück verkaufen müssen. "Das haben wir aber bei weitem nicht erreicht."

Um mit der Karte zu unterschreiben, muss der Computer über ein Kartenlesegerät verfügen. Kontrolliert werden die Daten von sehr teuren Hochsicherheitsrechnern, so genannten Trust-Centern - angesichts der müden Nachfrage zu teuer für den Logistiker. "Als börsennotierter Konzern müssen wir immer den Wertbeitrag eines jeden Geschäftes im Auge behalten", so Beckmann.

Die Deutsche Telekom dagegen hält an dem Geschäft fest. Doch auch hier laufen die Geschäfte schlecht. Seit Ende 1998 wurden nur 20.000 digitale Signaturen verkauft. "Als Netzbetreiber begreifen wir digitale Sicherheitssysteme als eine unserer Kernkompetenzen", sagte ein Telekom-Sprecher der FTD.

Bei der Bundesnotarkammer, dem Vorzeigekunden der Post, stieß das Aus für Signtrust übel auf. "Sie geben kurz vor dem Gipfel auf", sagte Geschäftsführer Alexander Benesch. Er verwies auf den bestehenden Vertrag mit der Post und betonte: "Wir prüfen Schadensersatzforderungen." Es werde ein neuer Partner gesucht.

(Quelle: Financial Times Deutschland
<http://www.ftd.de/tm/it/1014399129898.html>)

eGovernment-Software OSCAR

31.03.2002

bremen online services hat mit der Seestadt Bremerhaven die Übertragbarkeit seiner eGovernment-Software OSCAR auf andere Kommunen unter Beweis gestellt. Seit dem 18. März stehen in Bremerhaven rund 20 Online-Formulare zur Verfügung, die den Bremerhavener Bürgerinnen und Bürgern, aber auch Unternehmen, den Gang in die Behörde ersparen sollen. Damit zählt Bremerhaven bei den bürgerfreundlichen Internet-Anwendungen zu den Vorreitern unter den deutschen Städten. "Durch die enge und problemlose Zusammenarbeit mit der Bremerhavener Verwaltung und dem multimedia-centrum bremerhaven (mcb) als Betreiber des Stadtinformationssystems konnte trotz knapper

Zeitvorgaben eine ganze Reihe nutzerfreundlicher Anwendungen entwickelt werden.", so Ulrich Horst, Projektleiter bei bos.

Zunächst können in Bremerhaven rund 20 Dienstleistungen per Mausklick auf den Weg gebracht werden. Es ist zum Beispiel möglich, einen Nachsendeauftrag bei der Post zu stellen, der Sparkasse Bremerhaven die geänderte Adresse mitzuteilen, eine Auskunft aus dem Melderegister einzuholen, eine Datenübermittlungssperre einzutragen oder beim Umweltschutzamt eine Abfall-Transportgenehmigung zu beantragen. Hier werden an das bei der Behörde ausgedruckte Antragsformular sehr hohe Qualitätsanforderungen gestellt, da es bei Transporten durch die ganze Bundesrepublik zum Einsatz kommt und daher das länderübergreifend abgestimmte Layout exakt wiedergeben soll. Eine fälschungssichere digitale Signatur ersetzt beim Ausfüllen der Formulare die eigenhändige Unterschrift und macht die Anträge rechtsgültig. Die Online-Anwendungen können über das Internetportal www.bremerhaven.de aufgerufen werden, das die mcb im Auftrag der Stadt Bremerhaven betreibt.

Der Bürgernetz-Online-Service wurde in Kooperation mit der Seestadt Bremerhaven von der mcb GmbH und der bos KG erstellt. mcb ist mit einem Anteil von 4,9 Prozent an der bos KG beteiligt. Als Grundlage der Online-Formulare dient die eGovernment-Software OSCAR. Diese ermöglicht rechtsverbindliche, signaturgesetzkonforme und medienbruchfreie Online-Transaktionen zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Kunden und Bürgern, basierend auf dem kommunalen Internet-Kommunikationsstandard OSCI (Online Services Computer Interface).

(Quelle: www.bos-bremen.de)

Elektronische Verwaltung in Deutschland liegt im internationalen Vergleich zurück

01.03.2002

Deutschland liegt im internationalen Vergleich auf dem Weg zur effizienten und bürgerfreundlichen elektronischen Verwaltung noch zurück. Aber auch die weltweit führenden digitalen Bürgerdienste haben erst 60 Prozent des schon heute möglichen Potenzials ausgeschöpft. Dies belegt eine aktuelle Benchmarking-Studie, die von der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit der Unternehmensberatung Booz, Allen, Hamilton durchgeführt wurde.

Die Analyse verweist auch auf die gewaltigen Möglichkeiten zur Entlastung öffentlicher Haushalte: So könnten in Deutschland nach Einschätzung der Experten allein durch ein elektronisches Beschaffungswesen mindestens 5 Milliarden Euro eingespart werden.

In den USA, Kanada, Schweden und Estland sowie bei den ausgewählten Portalen größerer Städte fanden die Rechercheure gute Ideen, aber Bestnoten konnte keines der untersuchten Modelle erzielen. Selbst die höchstplatzierten Online-Angebote der britischen Regierung und der US-amerikanischen Stadt Seattle erzielen nur 61 bzw. 58 Punkte von 100 auf der Gesamtskala. Defizite sieht die Studie insbesondere bei der Einbindung der Bürger sowie beim Abbau der Widerstände innerhalb der Verwaltungen. Viele Mitarbeiter hätten Angst, ihre eigenen Arbeitsplätze wegzurationalisieren.

“Den Verwaltungen gelingt es nicht hinreichend, die beiden Ziele Effizienz und Stärkung der Demokratie miteinander in Einklang zu bringen”, resümiert Dr. Ingrid Hamm aus der Geschäftsleitung der Bertelsmann Stiftung die Ergebnisse der Studie. “Für viele Entscheider hat die digitale Verwaltungsmodernisierung absoluten Vorrang. Nur vernachlässigen sie dabei leider die Chancen, welche das Internet für neue Formen der Bürgerbeteiligung bietet.” Das gelte auch für das deutsche Renommee-Projekt “BundOnline 2005” der Bundesregierung.

In Deutschland wurde das Internet-Angebot von Hamburg unter die Lupe genommen. Positiv bewertet wird das dort realisierte “Drei-Säulen-Konzept”, mit dem die Hansestadt Wirtschaft, Verwaltung und Bürgerschaft unter einem gemeinsamen Dach integrieren will. Kritisch vermerkt wird allerdings der Stand der Umsetzung, der mit den international führenden virtuellen Rathäusern derzeit noch nicht mithalten kann.

Die technische Machbarkeit und gesicherte Finanzierung sei allein noch kein Garant für den Erfolg von Online-Verwaltungen, so die E-Government-Expertin der Bertelsmann Stiftung. Mindestens ebenso entscheidend für deren Durchsetzung sei die Veränderung der Verwaltungskultur. Zum schlanken Staat gehörten kurze Kommunikationswege, flachere Hierarchien und mehr Projektarbeit ebenso wie neue Leitbilder vom Bürger als Kunden und vom Beamten als Dienstleister.

Die Studie untersuchte weltweit 60 E-Government-Konzepte und wählte daraus zwölf Angebote für ein detailliertes Interviewprogramm aus: sechs Vorreiter in Nordamerika (Ontario, Kanadische Regierung, Fairfax, Virginia, Seattle, U.S.-Portal first.gov), drei in Großbritannien (die Städte Tameside und Lewisham sowie UK Online), die Regierungen in Schweden und Estland sowie Hamburg. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage, inwieweit elektronische Angebote dazu beitragen, die Distanz zwischen Staat und Bürgern zu verringern. Bewertet werden die Effizienzgewinne, die Verbesserung der Serviceleistungen und der Umsetzungsstand strategischer Reformprozesse ebenso wie die Stärkung des Bürgerengagements.

(Quelle: Bertelsmann-Stiftung)

Internet-Präsentation behindert den Geschäftserfolg

19.02.2002

Der Qualität der Websites von Unternehmen kommt beim Aufbau von Geschäftsbeziehungen eine wachsende Bedeutung zu. Rund zwei Drittel der Führungskräfte in den Firmen machen sich zunächst via Internet ein Bild über die zukünftigen Partner. 58 Prozent der Manager entscheiden anhand der Web-Präsentationen, mit welchem Engagement sie sich dem begonnenen Geschäftskontakt weiter widmen wollen. Herkömmliche Informationsmedien spielen hingegen nur noch eine geringe Rolle. Zu diesem Ergebnis kommt eine Befragung der Stellant GmbH unter mehr als 700 Entscheidungsträgern aus Groß- und Mittelstandsunternehmen.

Der Erhebung des Anbieters von Content-Management-Lösungen zufolge wird eine schlechte Internet-Präsentation immer mehr zum Problem bei Firmenge-

schäften. So geben 39 Prozent der Befragten an, dass sie während der letzten zwölf Monate die angebahnten Kontakte nach einem Besuch der Firmen-Homepage "in größerer Zahl" wieder abgebrochen haben, weil sie sich schlecht informiert fühlten oder Misstrauen gegenüber den betreffenden Unternehmen entwickelten. Weitere 19 Prozent beendeten die geplante Zusammenarbeit aus diesen Gründen "gelegentlich". Dagegen spielen für jeden sechsten Unternehmensmanager die Inhalte und Qualität der Internetseiten keine wesentliche Rolle beim Aufbau von Geschäftsbeziehungen. 24 Prozent berücksichtigen die Internet-Präsentationen noch gar nicht in ihrer Meinungsbildung über den zukünftigen Partner.

"Es besteht noch viel zu wenig Bewusstsein dafür, dass heutzutage eine geringe Informationsqualität im Web verantwortlich für den Abbruch gerade erst begonnener Geschäftskontakte ist", kritisiert Gert Serwas, Vice President Continental Europe & Northern Africa bei Stellent. Er nennt ein Beispiel: "Wenn potenzielle Kunden beim Mausklick auf die Internetseiten des Lieferanten zu negativen Eindrücken kommen, wird sich dies zwangsläufig nachteilig auf den weiteren Vertriebskontakt auswirken." Aus diesem Grund sei es unbedingt notwendig, das Internet-Engagement zu erhöhen und durch intelligente Maßnahmen sowohl die Informationsqualität als auch die Kosteneffizienz zu verbessern.

Befragungsergebnisse:

Wie informieren Sie sich üblicherweise zunächst über neue Geschäftspartner?

Internet	59%
Firmenbroschüren	31%
Gespräche	26%
ist sehr unterschiedlich	19%

(Mehrfachnennungen möglich; n = 714 Führungskräfte von Mittelstands- und Großunternehmen)

Wie wirken sich Ihre Eindrücke der Website neuer Partner auf den Geschäftskontakt aus?

sie beeinflussen nachhaltig das weitere Engagement	58%
Qualität der Website hat keinen Einfluss auf das Kontakt-Engagement	18%
Website wird nicht zur Bewertung des Geschäftspartners herangezogen	24%

Sofern die Informationsqualität für Sie eine große Rolle spielt:

Wie haben Sie in den letzten 12 Monaten auf schlechte Internet-Präsentation neuer Geschäftspartner reagiert?

Kontakte in grösserer Zahl abgebrochen	39%
Kontakte gelegentlich abgebrochen	19%

(Quelle: Stellent GmbH)

Reisekosten 2002

10.01.2002

Steuerzahler haben es seit dem 1.1.2002 mit wichtigen Änderungen bei der steuerlichen Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei Dienst- und Geschäftsreisen zu tun.

Zu Reisekosten gehören Fahrtkosten, Verpflegungsmehraufwand, Übernachtungskosten und Nebenkosten. Unter einer Dienstreise wird ein Ortswechsel einschließlich der Hin- und Rückfahrt aus Anlass einer vorübergehenden Auswärtstätigkeit verstanden. Eine Auswärtstätigkeit ist gegeben, wenn ein Arbeitnehmer außerhalb seiner Wohnung und seiner regelmäßigen Arbeitsstätte beruflich tätig wird. Eine Fahrtätigkeit liegt vor, wenn ein Arbeitnehmer seine regelmäßige Arbeitsstätte auf einem Fahrzeug ausübt. Eine Einsatzwechseltätigkeit ist bei Arbeitnehmern gegeben, die typischerweise nur an ständig wechselnden Tätigkeitsstätten eingesetzt werden.

Verpflegungsmehraufwendungen dürfen seit 1996 nur noch mit festen Pauschalbeträgen angesetzt werden. Ein Einzelnachweis der tatsächlichen Verpflegungsmehraufwendungen ist nicht mehr zulässig. Die Pauschalbeträge gelten sowohl für Dienstreisen als auch für Einsatzwechseltätigkeiten und für Fahrtätigkeiten. Es wird auch nicht mehr zwischen ein- und mehrtägigen Dienstreisen unterschieden. Maßgebend ist allein die Dauer der Abwesenheit an dem Kalendertag, an dem eine Dienstreise, Fahr- oder Einsatzwechseltätigkeit durchgeführt wird. Führt ein Arbeitnehmer mehrere Dienstreisen an einem Kalendertag durch, dann sind die Abwesenheitszeiten an diesem Tag zusammenzurechnen.

Die Pauschalbeträge für Verpflegungsmehraufwand betragen

Dauer der Abwesenheit	Pauschalbetrag
mindestens 24 Stunden	24 €
mindestens 14 Stunden, weniger als 24 Stunden	12 €
mindestens 8 Stunden, weniger als 14 Stunden	6 €

Bei den Fahrtkosten gibt es seit 2001 eine wichtige Verbesserung: Die Kilometerpauschalen, die bei Benutzung eines eigenen Fahrzeugs an Stelle eines Einzelkostennachweises angesetzt werden können, wurden erhöht. So werden für Fahrkilometer folgende Pauschalsätze gewährt:

Pkw	0,30 €
Motorrad, Motorroller	0,13 €
Moped, Mofa	0,08 €
Fahrrad	0,05 €

Bei Geschäfts- und Dienstreisen im Inland sind die gezahlten Übernachtungskosten absetzbar. Wird in einer Hotelrechnung für Unterkunft und Frühstück nur ein Gesamtpreis ausgewiesen und kann der Frühstückspreis nicht festgestellt werden, dann ist der Gesamtpreis der Übernachtungskosten um 4,50 € für die Frühstückskosten zu kürzen.

(Quelle: BdSt 1/2002)